

zoglichen Staatsministerium zur Kenntnisnahme zu übergeben.“ Die Mehrzahl der Abgeordneten begriff die Wichtigkeit der hier angeschnittenen sozialen Problematik und der damit verbundenen gesellschaftspolitischen Konsequenzen jedoch noch nicht, so daß die Kammer mit 30 gegen 20 Stimmen über den Antrag zur Tagesordnung überging.

Es ist sicher nicht übertrieben festzustellen, daß in dieser Rede bereits wesentliche Elemente der Sozial- und Gesellschaftspolitik enthalten sind. Otto B. Roegle rühmt in einem Vorwort zum Neudruck der „Fabrikrede“ den empfänglichen Geist des Abgeordneten und die Witterung für heraufziehende Gefahren. Packend und treffsicher habe Buß einen enormen Problembereich erfaßt, der uns seither immer mehr beschäftigt und herausfordert hat.

Der preußische Generalleutnant von Horn berichtete an die preußische Regierung, daß man bei der Musterung von Rekruten in Fabrikbezirken infolge der verbreiteten Nachtarbeit der Kinder eine hohe Zahl Untauglicher angetroffen habe. Dies gab den Anstoß zu einer staatlichen Sozialpolitik.

Der erste Schritt zu einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutz ist das preußische „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in

Bergwerken und Fabriken“ von 1839, das die Beschäftigung von Kindern unter neun Jahren und der Jugendlichen bis 16 Jahren über zehn Stunden täglich verbot. Später wurde das Schutzaalter auf zwölf Jahre heraufgesetzt. Es folgt im Jahre 1878 die staatliche Fabrikinspektion durch besondere Aufsichtsbeamte, eine Einrichtung, aus der sich die heutige Gewerbeaufsicht entwickelt hat. Die wirklich fortschrittliche, eigenständige Leistung der deutschen Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts ist die Errichtung der Sozialversicherung durch die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881.

Zu erkennen ist, daß sich immer wieder Schwerpunkte gebildet haben: 1837 Plädoyer für eine staatlich gelenkte Sozialgesetzgebung durch Franz Joseph Ritter von Buß, 1839 Beginn einer Arbeiterschutzgesetzgebung, 1881 drei Zweige der Sozialversicherung: Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung.

Die sozialpolitischen Ideen und Forderungen von Buß bewiesen damit erst in der nächsten und übernächsten Generation ihre Aktualität. Vor allem Arbeiterschaft und Kirche haben ihm viel zu verdanken. Er gehört in eine Reihe mit Wilhelm Emanuel von Ketteler und Adolf Kolping.

Manfred Glombik

Ein Spalt in die Zukunft

In der gewitterverhangenen Landschaft der Verlage kündigt Herder „die nächste 50er Reihe“ der vor acht Jahren gestarteten „Herderbücherei-Initiative“ an. Nimmt man noch hinzu, daß in diesem Verlag eine ganze Zahl von bedeutenden Zeitschriften erscheint – die „Herder Korrespondenz“, das Wochenblatt „Christ in der Gegenwart“, im gerade 200. Band die „Stimmen der Zeit“, um nur diese zu nennen –, dann ist dies als ein Zeichen erstaunlicher Vitalität gerade in einem literarischen Bereich zu bewerten, der in seiner ganzen Geschichte vom Auf und Ab der Gründungen und der Einstellungen beherrscht ist.

Erstaunlich ist auch nicht nur die geistige Spannweite, die von diesen Zeitschriften abgedeckt wird, sondern die ihnen jeweils eigene Beweglichkeit, die nicht das Resultat abonen-

tensichernder Anpassung ist, sondern Ausdruck des entdeckerischen publizistischen Gespürs dafür, was „an der Zeit“ ist, auch in die Zeit hinein zu sagen – in diese Richtung oder in jene. Je nach ihren Grundkonzeptionen stellen sich die zeitempfindsame Verschiebungen der Akzente unterschiedlich dar.

Der Start der „Initiative“ (vgl. die Notiz in dieser Zschr. 193, 1975, 424) stand im Zeichen einer „Herausforderung der Konservativen“. Darin wird sich, wie man der Verlagsankündigung „Herderbücherei-Initiative auf halbem Weg zu Band 100“ entnehmen kann, nichts ändern – nur, daß diese Herausforderung noch mehr an die „Konservativen“ selbst als an die „anderen“ gerichtet ist. Im gleichen Maß wie in den vergangenen acht Jahren das Orientierungsbedürfnis ge-

wachsen ist, sei auch „das Mißtrauen gegen alle ‚Orientierer‘, Sinn-Spender und Polit-Prophe-ten, wohin auch immer sie mit warnendem und forderndem Finger deuten“, angewachsen, heißt es da. Statt sturer Rechthaberei aber folgt die Überlegung: „In einer solchen Lage kommen immer mehr Menschen, insbesondere Jugendliche, auf die Vermutung, das ganze Vokabular könne nicht mehr stimmen; denn es spiegele nur Positionen von vorgestern, die der sich zusam-menballenden Wirklichkeit nicht mehr entspre-chen.“

Dies erinnert an Wolfgang Seibels Rat vom Ende des Jahres 1979, wie auf den Begriff „pro-gressiv“ so auch auf den Begriff „konservativ“ zu verzichten. Solches empfiehlt sich schon deshalb, weil es nicht möglich ist, nach diesen Begriffen die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen zu sortieren. Die Verlagsankün-

digung der nächsten 50er Reihe „Initiative“ illus-triert dies an einem Beispiel: Heute kämpfen Leute, die das Etikett „konservativ“ weit von sich weisen, dafür, daß die Schule wieder ins Dorf zurückkehrt – vor Jahren wurde den Kritikern einer allzu rigorosen Konzentration von Schulen vorgeworfen, sie verfolgten nur ihr „konserвативes“ Interesse an der Erhaltung bildungsfeindli-cher „Zwergschulen“.

Was sich freilich Gerd Klaus Kaltenbrunner, der Herausgeber der „Initiative“, und der Verlag vorgenommen haben, ist höchst anspruchsvoll: „Vielmehr brauchen wir einen Aufbruch jener, die sich weigern, zum soundsovielen Mal nach-zusprechen, was auf überholten Positionen, rechts oder links, gesagt worden ist.“ Sollte dieses Versprechen auch nur zu einem Teil eingelöst werden, es wäre ein Spalt in die Zukunft eröffnet.

Oskar Köhler